
Eine undemokratische Wirtschaftsordnung



Warum es in unserem Finanzsystem
keinen Platz für Gerechtigkeit gibt

"Sei du selbst die Veränderung, die
du dir wünschst für diese Welt."

Mahatma Gandhi

We Are Change Switzerland

www.wearechange.ch

info@wearechange.ch

Lizenz: Creative Commons
Namensnennung-Nicht-kommerziell



Inhalt

Der stille (Finanz-) Putsch in Deutschland Seite 2

Warum der "Euro-Rettungsschirm" ein Fass ohne Boden ist, wie jegliche Schutzmechanismen ausser Kraft gesetzt wurden und bei die Entscheidungen der Regierungen in der Eurozone jegliche Form von Demokratie fehlt.

Deutscher ist grösster Privataktionär der Schweizer Nationalbank Seite 4

Weshalb die Schweizer Nationalbank trotz unserem Demokratieverständnis nicht im Besitz des Volkes ist und wie ein deutscher Professor grösster Privataktionär ist.

Das Federal Reserve System (FED) ist in privaten Händen Seite 5

Wie es passieren konnte dass die US-Notenbank sich im Besitz von privaten Banken befindet, und wie damit die Währungspolitik des Landes und die Sicherheit des Finanzmarkt in der Hand von privaten Interessen ist.

Die Schweizer Nationalbank und das liebe Geld Seite 10

Wo kommt eigentlich unser Geld her, und was bedeutet es wenn die Banken das Geld "für uns arbeiten lassen"? Wie funktioniert Geldschöpfung und was passiert wenn man sein Geld bei der Bank deponiert? Wir Fragen und die Schweizer Nationalbank antwortet.

Der stille (Finanz-)Putsch in Deutschland

Stellen Sie sich einmal vor, dass Ihre Regierung in finanziellen Fragen sich selbst einfach entmachtet und an eine unantastbare "Supranationale finanzielle Regierung" abgibt, damit diese mit Steuergeldern fremde Staaten finanziell aushalten kann.

Was hier unglaublich klingt, das passiert zur Zeit in Deutschland sang- und klanglos, ohne grosse Proteste hervorzurufen. Die deutschen Bürger haben einmal mehr keine Ahnung, welche Machenschaften im Hintergrund der politischen Bühne am Werk sind. Konkret geht es um die Ratifizierung des Vertrages zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

Der ESM soll ab 2013 den vorläufigen Mechanismus zur Rettung des Euro (EFSF) ablösen, so die öffentliche Meinung. Doch der Vertragsskizze, der den Staaten vorliegt, enthüllt den Plan zur Schaffung eines "Europäischen, supranationalen Finanzministeriums", welches über diktatorische Machtbefugnisse verfügt.

ESM

Der Europäische Stabilitäts-Mechanismus, umgangssprachlich Euro-Rettungsschirm, ist ein Programm zur Verhinderung von Staatspleiten in der Eurozone. Basis für den ESM ist ein Vertrag welcher noch von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss. Der ESM soll die provisorischen Massnahmen ersetzen.

Nach dem vorliegenden Vertragsskizze, kann der ESM nicht nur das Grundkapital und deren Zweck selbst bestimmen, Kapitalabrufungen müssen von den Staaten bedingungslos und innert sieben Tagen nachgekommen werden.

Sollte der Vertragsskizze jedoch in dem vorliegenden Wortlaut verabschiedet werden, dann ist es fragwürdig, ob die deutsche Bundesregierung trotz der Mitspracherechte gegen die umfangreichen Befugnisse des ESM Bestand haben kann. Schliesslich verfügt der ESM nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf über umfassende Immunitäten, welche nicht einmal über den Gesetzesweg angegangen werden können. Das entspricht der totalen Machtbefugnis gegenüber einem Staat in finanziellen Streitfragen.

[Art. 27] Der ESM, sein Eigentum, seine Finanzmittel und Vermögenswerte geniessen umfassende Immunität

[Art. 27] Das Eigentum, die Finanzmittel und Vermögenswerte des ESM sind von Zugriff durch Durchsuchung Beschlagnahme, Ein-

EFSF

Die EFSF (European Financial Stability Facility) ist eine vorübergehende Notmassnahme um Zahlungsunfähige Staaten mit Kapital zu versorgen. Für diese Anleihen haften dabei die anderen EU-Staaten. Ursprünglich auf einen Betrag von 440 Milliarden Euro festgelegt, wurde dieser im Juni 2011 auf 780 Milliarden erhöht.

ziehung, Enteignung und jede andere Form der Inbesitznahme ... durch Regierungshandeln oder auf dem Gerichts-, Verwaltungs- oder Gesetzeswege befreit.

[Art. 30] Die Gouverneursratsmitglieder, Direktoren und Stellvertreter und das Personal geniessen Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer Handlungen und Unverletzlichkeit ihrer amtlichen Schriftstücke.

Die in den Maastrichter Verträgen vorhandene "No Bail Out"-Klausel (Scherzhaft schon "No way out"-Klausel genannt), hat die Deutsche Regierung nicht davon abgehalten, bereits Kredite über 22 Mia. Euro an Griechenland und 170 Mia. Euro in den Euro Rettungsschirm zu geben, wohl wissend, dass das Geld wohl nie zurückgezahlt werden kann. Hätte man dieses Szenario den Bürgern vorher bekannt gemacht, wäre die gleiche Unterstützung dem Maastrichter Vertrag zugekommen?

Das Verträge mit so weit reichendem und entscheidendem Inhalt nicht in einer öffentlichen Debatte diskutiert werden ist einer vermeidlichen Demokratie ungemein störend und ein schwerwiegendes Versäumnis der Bundestagsabgeordneten!

Es steht wohl kaum zur Debatte, dass ein solcher Vertrag nicht im Sinne der Bürger eines jedes Staates sein kann. Die Abgeordneten nehmen, in dem politischen Versuch den Euro zu retten, diktatorische Strukturen und die Einschränkung der nationalen Selbstbestimmung in Kauf.

Der stille (Finanz-)Putsch in Deutschland

Wer nicht hören will, der muss fühlen

...so lautet das Sprichwort. Sollten sich die deutschen Bürger nicht in die Debatte um die finanzielle Unabhängigkeit Deutschlands einschalten und der ESM von dem Deutschen Bundestag verabschiedet werden, dann wird der deutsche Steuerzahler einmal mehr die volle Zeche zahlen. Dies in Form von weiteren Milliardenzahlungen und der damit verbundenen Geld- und Preisinflation.

Wird sich kein nennenswerter Widerstand gegen den ESM bilden und der Vertrag in der vorliegenden Form verabschiedet werden, müssen sich die deutschen Wähler einmal mehr klar machen, dass sie eine Regierung gewählt haben, die nicht die Interessen ihrer Bürger vertritt.

Dass die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend übergangen werden zeigt auch das letzte Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts.

Am 7. September 2011 wurde vom deutschen Bundesverfassungsgericht endlich auch das erwartete Gerichtsurteil über die Klagen gegen die Milliarden - Hilfszahlungen an Griechenland und den Euro - Rettungsschirm veröffentlicht.

Das Ergebnis stand ja im Vorfeld bereits fest und wurde im Juni vorveröffentlicht, wobei angekündigt wurde, dass die Klagen gegen die Griechenlandhilfe und den Euro-Rettungsschirm vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen werden.

Wenn die Deutschen auch keine Verfassung haben, so ist es gemäss dem deutschen Bundesverfassungsgericht nicht gegen das Grundgesetz, wenn die Regierung rechtstaatlich ein Gesetz beschliesst,

welches sich gegen die Interessen des Staates und der Bürger richtet. Wirtschaftliche Erwägungen hat das deutsche Bundesverfassungsgericht genau so verworfen, wie die "No Bailout" Klausel des Maastrichter Vertrages.

Aus dem Urteil:

"Aus diesem materiellen Schutzgehalt des Art. 38 GG folgt regelmäßig kein Recht der Bürger, demokratische Mehrheitsentscheidungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin durch das Bundesverfassungsgericht kontrollieren zu lassen. Das Wahlrecht dient nicht der inhaltlichen Kontrolle demokratischer Prozesse, sondern ist auf deren Ermöglichung gerichtet. Als Grundrecht auf

"Die Deutschen haben noch nicht wirklich verstanden, was Demokratie eigentlich bedeutet."

Mitwirkung an der demokratischen Selbstherrschaft des Volkes verleiht Art. 38 Abs. 1 GG daher grundsätzlich keine Beschwerdebefugnis gegen Parlamentsbeschlüsse, insbesondere Gesetzesbeschlüsse."

Die Interessen von anderen Staaten wurden mit dem Gerichtsurteil offen über die Interessen des eigenen Staates gestellt. Das ist noch nicht alles. Bei der Vorveröffentlichung des Urteils gelangte eine Pressemitteilung des deutschen Bundestages in den Fokus der unabhängigen Medien.

In der Pressemitteilung erläuterte, der Prozessbevollmächtigte des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Franz Mayer, dass ein umfassendes Grundrecht auf Demokratie in der

Bundesrepublik Deutschland nicht existiere. Im Wortlaut hiess es: "Die Beschwerdeführer aber würden sich auf ein neuartiges Recht berufen, das bisher gar nicht existiere, nämlich ein umfassendes Grundrecht auf Demokratie. Für die Anerkennung eines solchen Grundrechts und eine damit verbundene Ausweitung der Möglichkeiten zur Verfassungsbeschwerde gebe es aber keinen Anlass."

Ein kleiner Lichtblick im Urteil des Bundesverfassungsgerichts gibt es allerdings: Das Urteil stellt nach den Erläuterungen der Bundesverfassungsrichter keine Blanko-Ermächtigung für weitere Rettungspakete dar. Der Bundestag muss die Kontrolle über die haushaltrechtlichen Entscheidungen behalten, dieses Recht darf nicht abgegeben werden. Damit steht das Urteil einem automatischen Mechanismus zur Zahlung von Rettungspaketen entgegen. Dies widerspricht sich mit der Schaffung des ESM, da dieser keine Beteiligung der Bundestagsabgeordneten vorsieht. Stoppen wird dies den ESM wohl aber kaum.

Es ist anzunehmen, dass der deutsche Bundestag die geforderten Grundzahlungen an den ESM einfach im Voraus beschliessen wird. Auch eine Kapitalerhöhung des ESM würde vom Bundestag wohl einfach abgenickt werden.

Weitere Klagen gegen den ESM dürfen erwartet werden. Die ganze Situation ist in einem gewissen Sinne tragisch, aber sie spiegelt eine wichtige Tatsache wider: Die Deutschen haben noch nicht wirklich verstanden, was Demokratie eigentlich bedeutet.

Phil

Deutscher ist grösster Privataktionär der Schweizer Nationalbank

Organisation der SNB

Geschäftsleitung

Zuständig für operativen Betrieb, Währungs- und Finanzpolitik. Drei Mitglieder, gewählt für jeweils 6 Jahre vom Bundesrat auf Empfehlung des Bankrates.

Bankrat

Elfköpfiger Ausschuss mit Aufsichtsfunktion. Sechs Mitglieder werden vom Bundesrat und fünf von der Generalversammlung gewählt.

Aktiengesellschaft

55% Aktienanteil

Im Besitz der öffentlichen Hand (Kantone, Kantonalbanken, etc.)

Aktienkapital 25 Mio CHF

45% Aktienanteil

Im Besitz von Privatpersonen
Gehandelt an der Schweiz Börse

Aufgaben

"Die Schweizerische Nationalbank führt als unabhängige Zentralbank die Geld- und Währungspolitik des Landes. Sie muss sich gemäss Verfassung und Gesetz vom Gesamtinteresse des Landes leiten lassen, als vorrangiges Ziel die Preisstabilität gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung tragen. Sie setzt damit grundlegende Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft. [...] Die Aufgaben der Nationalbank sind in der Bundesverfassung und im Nationalbankgesetz festgeschrieben. Ihre unternehmerischen Ziele kann die Nationalbank also nicht einfach aus freien Stücken ändern. Trotzdem hat die Nationalbank mit anderen Unternehmen einiges gemeinsam: Sie beschäftigt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und sie hat eine Geschäftsleitung. Ihre Eigentümer sind am Gewinn beteiligt." Quelle: snb.ch

Leider wissen nur sehr wenige Schweizer, welche Institutionen/Personen die Aktien der Schweizerischen Nationalbank (SNB) halten. Deswegen wird mit diesem Artikel wieder in Erinnerung gerufen, dass die SNB ebenso wenig schweizerisch-national wie die Federal Reserve Bank federal bzw. bundesstaatlich ist.

Theo Siegert ist Wirtschaftsprofessor in München. Er hält 4,8 Prozent der Aktien der Schweizerischen Nationalbank. Nur die Kantone Zürich und Bern besitzen grössere Beteiligungen. Ein deutscher Professor ist

grösster Privataktionär der Schweizerischen Nationalbank (SNB): Theo Siegert hielt per Ende letzten Jahres 4850 SNB-Aktien.

Siegert ist Honorarprofessor an der Ludwig-Maximilians-Universität München mit dem Schwerpunkt Finanzanalyse und Unternehmensführung. Er sitzt auch im Verwaltungsrat des Handelsriesen DKSH und ist Mitglied in den Aufsichtsräten und vergleichbaren Aufsichtsgremien der folgenden Firmen (Stand April 2009): Deutsche Bank AG, ERGO AG, Merck KGaA, DKSH Holding Ltd., E. Merck KG, Henkel AG & Co. KGaA., E.ON AG.

Die Namenaktien der Nationalbank werden an der Börse gehandelt. Kantone und Kantonalbanken halten 53,5% der Aktien. Die übrigen Aktien befinden sich hauptsächlich im Besitz von natürlichen Personen. Grösste Aktionäre waren Ende 2008 mit 6,6% der Kanton Bern (6630 Aktien), mit 5,2% der Kanton Zürich (5200 Aktien), mit 4,8% Herr Prof. Dr. Theo Siegert, Düsseldorf (4850 Aktien), mit 3,4% der Kanton Waadt (3401 Aktien) und mit 3,0% (3002 Aktien) der Kanton St. Gallen. Der Bund ist nicht Aktionär der Nationalbank.

Wie bereits erwähnt, ist das Problem nicht dass ein Deutscher der grösste Privataktionär der SNB ist, sondern dass die Nationalbank nicht im Interesse der Nation und deren Bürger handelt. Die SNB untersteht nicht primär dem Aktionärsrecht, sondern dem Nationalbankgesetz.

Dieses sieht insbesondere vor, dass die Nationalbank unabhängig sein muss. Das heisst, sie darf gar keine Weisungen, weder vom Bundesrat, noch von der Bundesversammlung

entgegennehmen. Sie hat gemäss Nationalbankgesetz eine monetäre Konjunkturpolitik zu machen, welche im Interesse der Wirtschaft besteht. Per Gesetz ist die SNB verpflichtet die Öffentlichkeit regelmässig über die Geld- und Währungspolitik zu orientieren und ihre geldpolitischen Absichten bekannt zu geben.

Durch die Dollar-Milliardenkäufe tendiert die SNB zur monetären Planwirtschaft. Hinzu kommt die fraktionale Geldschöpfung der Ge-

schäftsbanken, sichere Zinseinnahmen mittels Staatsschulden und der Zinses-Zins durch Rettung von bankrotten Firmen oder Lobbyismus. So wird das Ganze zwangsläufig zu einem Neo-Feudalen System etabliert.

Dominic

Das Federal Reserve System (FED) ist in privaten Händen

Das Federal Reserve System (FED) – auch US-Notenbank genannt, ist wohl das berühmteste Zentralbankensystem weltweit, doch wie gut kennt man diese Bank wirklich und wie transparent ist sie?

Auf die Frage, wem denn die US-Notenbank unterstellt sei, antwortet wohl so mancher Banker, der denkt, er hätte den Durchblick: „Dem Staat, bzw. den Behörden“. Die Fed selbst sieht sich ganz anders. Auf ihrer Webseite bemüht sie sich um den öffentlichen Anstrich: "Das Federal Reserve System 'gehört' niemandem und es ist keine private, gewinnbringende Institution. Vielmehr ist es eine unabhängige Einheit innerhalb der Regierung, die sowohl einen öffentlichen Zweck als auch private Aspekte hat."

Derjenige, der mit dem Begriff „Federal Reserve Act“ vertraut ist, wird widersprechen. Der Federal Reserve Act wurde 1913 vom US-Kongress bewilligt. Durch den „Federal Reserve Act“ übergaben

Volksvertreter die Kontrolle und Regulation des Geldes in private Hände. Seit dem US-Staatsbankrott von 1933 gilt der US-Bürger selbst, als Sicherheit für die Federal Reserve.

Nicht ein gewählter Volksvertreter, weder Kongress, Senat, noch der Präsident hat Einsicht in die Bücher der privaten Zentralbank. Der Präsident ernennt zwar den „Secretary of Treasury“, hat aber keinerlei Autorität dessen Finanz-Politik zu manipulieren oder zu stoppen.

Es versteht sich daher von selbst, dass das Amt eines Präsidenten zwar offiziell das höchste Amt

darstellt, "doch werden Präsidenten nicht gewählt, sondern ausgewählt" (Zitat: „leaders are not elected but selected“), wie der ehemalige Präsident Franklin D. Roosevelt korrekt bemerkte. Dieser 32. Präsident der Vereinigten Staaten, war seines Zeichens Freimaurer (Holland Lodge No. 8, New York City) und gehörte zur europäischen Herrscherfamilie, zu welcher auch Bush und Obama angehören.

Dieser Präsident hat mitunter auch dafür gesorgt, dass die sagenumwobene Pyramide auf die Rückseite der Dollarnote gedruckt wird. Ein Symbol welches von verschiedenen Geheimbünden über Jahrhunderte



"Das Finanzsystem wurde dem Federal Reserve Board in die Hände gelegt. Dieser Ausschuss verwaltet das Finanzsystem im Auftrag einer ausschliesslich profitorientierten Gruppe. Das System ist privat, und dient einzig dem Zweck einen grösstmöglichen Gewinn aus dem Geld der Bevölkerung zu erzielen."

Charles August Lindbergh, U.S. Kongressabgeordneter

weitergetragen wurde und bei der 68. Versammlung der Rosenkreuzer als Siegel für die Neue Welt vorgeschlagen.

Der Entwurf zur neuen Dollarnote mit dem Siegel der Vereinigten Staaten und der Unterschrift von Franklin D. Roosevelt im Jahre 1935. Mit einer Skizze wird angedeutet, dass die beiden Siegel getauscht werden müssen und zusätzlich fügte er den Satz "The Great Seal of the United States" ein.

Die Bank of England und die Europäische Hochfinanz

In seinem Buch „The Breakdown of Money (Die Aufteilung der Finanzen), veröffentlicht 1934, erklärt Christopher Hollis die Gründung der Bank of England wie folgt: „In 1694 brauchte die Regierung von William III dringend Geld. Eine Gruppe reicher Männer unter der Führung von William Paterson bot William an, ihm £ 1.200.000 bei 8 % Zinsen zu leihen unter der Bedingung dass „The Governor and Company of the Bank of England“ (Der Gouverneur und die Firma der Bank von England), wie sie sich selbst nannten, das Recht haben sollte, Banknoten zum vollen Ausmass ihres Kapitals zu drucken. Das soll heissen, die Bank bekam das Recht, £ 1.200.000 in Gold und Silber einzukassieren und es in £ 2.400.000 umzuwandeln (es zu verdoppeln), um davon £ 1.200.000 als Darlehen an die Regierung zu vergeben und die anderen £ 1.200.000 in Banknoten selbst zu benutzen. Paterson hatte ganz Recht damit, dass dieses Vorrecht, welches der Bank gegeben wurde, das Privileg, Geld zu

machen, war... In der Realität hielten Sie einen Geldvorrat von nicht mehr als zwei oder dreitausend Pfund. 1696 (also innerhalb von 2 Jahren) zirkulieren sie £1.750.000 an Banknoten gegen eine Bargeldreserve von £ 36.000.“ William Paterson: „Die Bank hat den Nutzen der Zinsen auf alle Gelder, welche es aus nichts kreiert“.

Die Bank of England zwingte die Kolonien all ihre künftigen Steuern in hartem Gold oder Silber zu entrichten. Einer weiterer Freimaurer und Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung, Ben-



jamin Franklin, bemerkte später dazu: „Innerhalb eines Jahres hatten sich die Bedingungen so sehr verändert, dass die Ära der Prosperität endete, und eine Depression einsetzte – in solchem Masse, dass die Strassen der Kolonien voll mit Arbeitslosen waren.“ Sprich: Den neuen Ländern fehlte schlicht Geld, um ihre täglichen Geschäfte zu tätigen und Menschen für ihre Arbeit zu bezahlen.

„Die Kolonien hätten gerne die kleinen Steuern auf Tee und andere Materialien bezahlt, wenn England

ihnen nicht ihr eigenes Geld weggenommen hätte, was zu Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit führte. Die Unfähigkeit der Kolonisten, von König Georg III. und den internationalen Bankiers die Vollmacht zu erhalten, auch künftig ihr eigenes Geld herauszugeben, war der wichtigste Grund für den Unabhängigkeitskrieg.“

Der englische Zweig der Rothschild Familie - welcher sich innerhalb des angelsächsischen Adels, Politik und Wissenschaft etablieren konnte - konnte mittels ihrem mächtigen Geheimdienst, diverse Söldner und Agenten aus Europa, vor allem aus deutschen Geheimbünden, in den Unabhängigkeitskrieg in Amerika schicken. So konnten die europäischen Familien das Geschehen von Übersee beeinflussen. Die Unabhängigkeit Amerikas konnte zuerst jedoch nicht verhindert werden, sondern wurde in einer Erklärung 1776 von Freimaurern postuliert.

"Die meisten Unterzeichner der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung waren aktive Freimaurer. Die Verfassung der USA mit ihrer Verankerung von Menschenrechten und Gewaltenteilung ist ein Werk amerikanischer, französischer und deutscher Freimaurer."

(Quelle: Brüder der Loge Friedrich-Wilhelm-zur-Morgenröte in Berlin, Die häufigsten Fragen an Freimaurer)

"Der Entwurf wurde allerdings nicht exakt so angenommen, wie vorgelegt - und dennoch gehörten von den 56 Personen, welche die gemeinsam überarbeitete Unabhängigkeitserklärung

Das Federal Reserve System (FED) ist in privaten Händen

unterzeichneten, 50 dem Bunde der Freimaurer an."

(Quelle: Freimaurerloge 'Zur Brudertreue' im Orient von Aarau)

Ein weiterer Freimaurer und Mitunterzeichner der Unabhängigkeitserklärung, Alexander Hamilton, einer der drei Väter der Amerikanischen Verfassung trug massgeblich zum Aufbau des amerikanischen Bankensystem und der Marine bei. So konnten die Rothschild-Agenten aus England und dem Festland Europas, im anscheinend unabhängigen Amerika eine Zentralbank, die First Bank of the United States errichten.

Thomas Jefferson, hauptsächlicher Verfasser der Unabhängigkeitserklärung, fand keinen Gefallen an der Etablierung einer Zentralbank unter privater Kontrolle und widersprach seinem Ordensbruder. Die Trennung der politischen Parteien im geeinten Land hat die Amerikaner so sehr beschäftigt, dass sich die Regierung von der US-Notenbank einen Kredit von 8,2 Millionen Dollar leihen konnte, was

für jene Zeit eine ungeheure Summe war. Als Folge davon stiegen die Preise im Land um 72 Prozent an. Die Schuld wurde auf das Volk abgewälzt.

"Viele protestierten gegen die Bank mit der Begründung, sie sei von der Verfassung niemals vorgesehen worden. Jene, welche die Bank beibehalten wollten, gaben jedoch zu bedenken, dass die Verfassung eine nationale Bank ebenso wenig verboten hätte, weswegen die Regierung in der Lage und berechtigt sei, eine zu schaffen.

Diese und viele andere Kontroversen trugen zur Erschaffung der ersten beiden politischen Parteien in den Vereinigten Staaten bei. Die Föderalistische Partei, unterstützt von Hamilton, favorisierte eine Nationalbank, während Jeffersons Republikaner sie vehement ablehnten."

Im Jahre 1811 stimmte der US-Kongress dann doch gegen eine Lizenz-Erneuerung der amerikanischen Zentralbank. Als Folge davon verlor das Haus Rothschild Millionen. Dies hatte zur Folge dass, verschiedene

amerikanische Häfen blockiert wurden, amerikanische Seeleute von der britischen Marine Zwangsrekrutiert wurden, bis hin zu militärischen Übergriffen, welche im Britisch-Amerikanischen Krieg endeten.

Krieg wird immer dazu benutzt einen Staat - egal ob Verlierer oder Gewinner - zu verschulden. So blieb dem 4. Präsident der USA, James Madison, wiederum auch Freimaure, nichts anderes übrig, als diejenigen um Geld zu bitten, die für den Krieg verantwortlich waren, die europäische Hochfinanz. Erst unter Andrew Jackson, 7. US-Präsident und Grossmeister der Freimaurerei, wurde die private Zentralbank wieder abgelehnt, bekam aber 1863 ihre Konzession zurück und wurde 1913 zur Federal Reserve Bank der heutigen US-Notenbank.

Der "Federal Reserve Act" ermöglicht es der Federal Reserve bis heute, Geld ohne Gegenwert zu schaffen und es beispielsweise der amerikanischen Regierung gegen Zinsen zu leihen.

"Ich glaube, dass Bankinstitute eine grössere Gefahr für unsere Freiheit darstellen, als stehende Armeen. Wenn die amerikanische Bevölkerung jemals Privatbanken erlaubt, unsere Währung zu kontrollieren, zuerst durch Inflation, dann durch Deflation, werden die Banken und die Konzerne, die sich entwickeln werden, die Leute all ihres Eigentums berauben und ihre Kinder werden obdachlos in dem Kontinent erwachen, den ihre Väter eroberten. Die Zuweisung von Macht sollte von den Banken genommen und wieder auf die Bevölkerung übertragen werden, der sie eigentlich gehört."

Thomas Jefferson, letter to the Secretary of the Treasury Albert Gallatin, 1802

"Die National Bank der Vereinigten Staaten ... ist eine der tödlichsten bestehenden Feindseligkeit gegen die Prinzipien und den Geist unserer Verfassung. [...] Eine Institution wie diese, die mit ihren Zweigstellen jeden Teil unserer Nation durchdringt und auf Kommando gemeinschaftlich handelt, kann, möglicherweise in einem kritischen Moment, die Regierung stürzen. [...] Zu was für einem Hindernis könnte diese Bank der Vereinigten Staaten mit all ihren Zweigstellen in Zeiten des Krieges werden ! Sie könnte uns den Frieden diktieren, den wir akzeptieren müssten, wenn sie uns ihre Unterstützung entzöge. Sollen wir einer solchen Institution gestatten ihren Einfluss noch zu erweitern, die so mächtig ist, so feindselig?"

Thomas Jefferson, letter to the Secretary of the Treasury Albert Gallatin, 1803

Das Federal Reserve System (FED) ist in privaten Händen

Das Federal Reserve System und ihre wichtigsten Eigentümer

Wesentlich vorbereitet wurde das System vom deutschen Bankier Paul Moritz Warburg (1868 bis 1932). Dieser heiratete 1893 die Tochter eines Partners der New Yorker Bank Kuhn, Loeb & Co. (später Lehman Brothers) und wurde 1902 selbst Partner. Warburg schlug eine Bankreform mit Einrichtung einer Zentralbank nach dem Vorbild der deutschen Reichsbank und der Bank of England vor und fand Unterstützung beim Senator Nelson D. Aldrich, dem Schwiegervater von John D. Rockefeller jr.

Bei einem Geheimgespräch im Jagdclub (Jekyll Island Club) des Bankiers J. P. Morgan auf Jekyll Island in Georgia arbeiteten Warburg und andere Bankiers mit Aldrich im November 1910 eine erste Gesetzesvorlage aus, in der von einer privaten nationalen Reserve-Gesellschaft die Rede war, bei der Geldinstitute freiwillig Geldreserven für

Krisenfälle deponieren sollten. Die Vorlage scheiterte im Kongress, da es Vorbehalte gab, die untereinander verbundenen Wall-Street-Bankiers könnten sich eine zu dominierende Position in der amerikanischen Wirtschaft verschaffen. Der 1912 gewählte Präsident Wilson unterstützte die Zentralbankidee, die als Federal Reserve Act eine Mehrheit im Kongress bekam.

"Das Gehirn hinter dem Federal Reserve Act war Alfred Rothschild in London Die Aktionäre dieser Banken, die die Aktien der Federal Reserve Bank of New York besitzen, sind die Menschen, die unser politisches und wirtschaftliches Schicksal seit 1914 kontrollieren.[...] Woodrow Wilson unterzeichnete den Federal Reserve Act am 23. Dezember 1913. Die Geschichte hat gezeigt, dass an jenem Tag die Verfassung aufhörte, das amerikanische Volk zu steuern, und unsere Freiheiten wurden einer kleinen Gruppe von internationalen Bankiers überlassen."

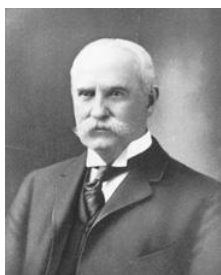
Eustace Mullins, The Secrets of The Federal Reserve

"Eine grosse Industrienation wird von ihrem Creditsystem gesteuert. Unser Creditsystem ist in privatem Besitz konzentriert. Folglich sind das Wachstum der Nation und alle unsere Aktivitäten in den Händen von einigen wenigen Männern, die, selbst wenn ihr Handeln ehrlich und im Interesse des Gemeinwohls ist, sich notwendigerweise auf die grossen Unternehmungen konzentriert, in denen ihr Kapital involviert ist, und die ebenso notwendigerweise, gegeben eben durch diesen beschränkenden Faktor, echte wirtschaftliche Freiheit hemmen, schwächen, und letztlich zerstören. [...]"

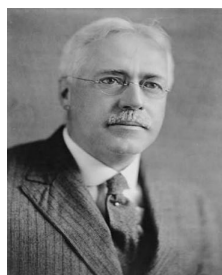
Einige der grössten Männer in den Vereinigten Staaten in den Bereichen Handel und Produktion haben Angst vor jemandem oder etwas.

Sie wissen, dass es eine Macht irgendwo so organisiert, so subtil, so wach, so verbunden, so vollständig,

Die Urheber des Entwurfs für den Federal Reserve Act von 1913



Nelson W. Aldrich
Republikanischer Einpeitscher im Senat, Vorsitzender der Nationalen Währungskommission, Gesellschafter von J. P. Morgan, Schwiegervater von John D. Rockefeller jr.



Frank A. Vanderlip
Präsident der National City Bank of New York, zu jener Zeit die mächtigste Bank, in Vertretung von William Rockefeller und der Internationalen Investmentbank Kuhn, Loeb & Company.



Paul M. Warburg
Partner von Kuhn, Loeb & Company und Vertreter der Rothschild-Banken-Dynastie in England und Frankreich sowie der Bruder von Max Warburg, Vorstand des Warburgschen Bankenkonsortiums.

Abraham Piatt Andrew, Ministerialdirektor des US-Schatzamtes

Frank A. Vanderlip, Präsident der National City Bank of New York, zu jener Zeit die mächtigste Bank, in Vertretung von William Rockefeller und der Internationalen Investmentbank Kuhn, Loeb & Company

Henry P. Davison, Hauptteilhaber der J. P. Morgan Company

Charles D. Norton, Präsident von J. P. Morgans First National Bank of New York

Das Federal Reserve System (FED) ist in privaten Händen

so allgegenwärtig gibt, dass sie lieber nicht über ihrem Atem sprechen, wenn sie sie verurteilen." Woodrow Wilson, 28. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, in dessen Amtszeit der "Federal Reserve Act" durchgesetzt und verabschiedet wurde.

Antony C. Sutton, vom Hoover Institution für "War Revolution and Peace" und Wirtschaftsprofessor an der California State University Los Angeles, schreibt folgendes:

"Warburgs revolutionärer Plan, die amerikanische Gesellschaft für die Wall Street arbeiten zu lassen, war verblüffend einfach. Sogar heute noch bedecken akademische Theoretiker ihre Tafeln mit bedeutungslosen Gleichungen, während die Allgemeinheit in konfuser Verwirrung mit Inflation und dem bevorstehenden Zusammenbruch des Kreditwesens kämpft ... Und die recht einfache Erklärung des Problems bleibt undiskutiert und beinahe gänzlich unverstanden. Das Federal Reserve System ist ein legalisiertes privates Monopol des Geldvorrates zum Wohle einiger weniger unter dem Vorwand, das öffentliche Interesse zu fördern und zu schützen."

Die nachstehenden Bankiersfamilien gehören nach Recherchen verschiedener Forscher zu den wichtigsten Eigentümern der Fed: Rothschild, Lazard Freres (Eugene Meyer), Kuhn Loeb Company, Warburg Company, Lehman Brothers, Goldman Sachs, die Rockefeller-Familie, JP Morgan

Dieses System besteht zum einen aus dem siebenköpfigen Board of Governors, was mit Bundesbankrat oder Fed-Vorstand übersetzt werden kann. Zum anderen aus den zwölf regionalen Federal Reserve Banks. Und diese regionalen Fed-Banken

gehören einer Vielzahl von Mitgliedsbanken an. Rund 2.900 Banken, wie die Fed selbst verrät (Stand März 2004). Zum Vergleich: Die Aktien der Schweizerischen Nationalbank sind zu 55 Prozent im Besitz der Kantone und Kantonalbanken, zu 45 Prozent in privatem Besitz, der Bund ist auch hier nicht beteiligt.

Die US-Notenbank und ihr Einfluss auf die Schweiz

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hilft der US-Notenbank Fed dabei, Banken mit Liquidität in Fremdwährungen zu versorgen. Die Fed kann bei Bedarf Schweizer Franken bis zu einem Betrag von 40 Milliarden Franken gegen Dollar beziehen.

Die US-Notenbank hat für den 3. November eine neue Runde von sogenanntem «quantitative easing» angekündigt. «Quantitative easing» ist letztlich wiederum nicht anderes als eine Umschreibung dafür, dass das Fed Geld aus dem Nichts schafft, respektive die Notenpresse anwirft. Langfristig wird damit natürlich ein grosses Inflationspotenzial aufgebaut und das Vertrauen in den Dollar unterhöhlt.

In einer ziemlich starken, undiplomatischen Sprache bezeichnete der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble die Entscheidung der Fed als kontraproduktiv. In einem Fernsehinterview am 4.11., abends zur besten Sendezeit, sagte er: "Und deswegen wäre es im amerikanischen Interesse besser, sie würden die Probleme wirklich lösen, anstatt gewissermassen mit Mitteln, von denen sie ja inzwischen schon die Erfahrung gemacht haben, dass sie zur Lösung ihrer Probleme heute nicht mehr taugen." (Quelle: Strategic Alert, Jahrg. 24, Nr. 45 vom 10. November 2010)

Die Agenda der Bilderberger, wurde nach der Konferenz 2010 in Sitges (Spanien) von den investigativen Reporter Daniel Estulin und Jim Tucker veröffentlicht und gibt einen Ausblick auf die Zukunft des Dollars. Die Entwertung des Dollars ist in vollem Gange, mit grossen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Der Euro hingegen wird mit allen Mitteln gestärkt. Die massiven Euro-Käufe der Nationalbank im Frühjahr 2010 waren notwendig für die Ziele der Hochfinanz. bei einem Crash des Euros wäre die Glaubwürdigkeit von Einheitswährungen oder gar der beabsichtigten Weltwährung ebenfalls hinüber.

An verschiedenen exklusiven Treffen (z. B. Geheimgesprächen im Haus Von-Wattenwyl und Rive Reine Tagungen) werden schweizer Bilderberger wie Walter Kielholz die Pakete schnüren und politische Weichen stellen. So wird die aggressive Intervention gegen eine starke Frankenaufwertung de facto von allen Seiten gebilligt, denn sonst hätten uns «womöglich 8 Prozent Arbeitslosigkeit» und Deflation gedroht, so Phillip Hildebrand der Präsident der SNB und Teilnehmer dieser exklusiven Treffen.

Die SNB ist ebensowenig schweizerisch-national wie die FED federal ist. Die Problematik ist die fast genau die gleiche. Ein deutscher Professor ist grösster Privataktionär der SNB: Theo Siegert hielt per Ende 2008 4850 SNB-Aktien. Siegert ist Honorarprofessor an der Ludwig-Maximilians-Universität München mit dem Schwerpunkt Finanzanalyse und Unternehmensführung. Er sitzt auch im Verwaltungsrat des Handelsriesen DKB und ist Mitglied in den Aufsichtsräten und vergleichbaren Aufsichtsgremien der folgenden Firmen (Stand April 2009, Auswahl): Deutsche Bank AG,

Das Federal Reserve System (FED) ist in privaten Händen

ERGO AG, Merck KGaA, DKSH Holding Ltd., E. Merck KG, Henkel AG & Co. KGaA., E.ON AG.

Dass ausgerechnet ein Deutscher der grösste private Einzelaktionär der Schweizerischen Nationalbank ist, provozierte an der letztjährigen Generalversammlung in Bern ein paar spöttische Bemerkungen.

Kennedy wollte FED entmachten

Wenige Monate vor seiner Ermordung soll John F. Kennedy laut Aussage einer Zeugin von seinem Vater Joseph Kennedy im Oval Office des Weissen Hauses angeschrien worden sein: «Wenn du das tust, bringen sie dich um!» Doch der Präsident liess sich von seinem Plan nicht abbringen. Am 4. Juni 1963 unterzeichnete er die «Executive Order Number 111 110», mit der er die frühere «Executive Order Number

10289» ausser Kraft setzte, die Herstellung von Banknoten wieder in die Gewalt des Staates zurückbrachte und damit das exklusive Kartell der Privatbanken weitgehend entmachtete.

Als bereits rund 4 Milliarden US-Dollar kleine Noten unter der Bezeichnung «United States Notes» der Geldzirkulation zugeführt worden waren und in der Staatsdruckerei grössere Noten auf die Auslieferungen warteten, wurde Kennedy am 22. November 1963, also 100 Jahre nach Lincoln, ebenso von einem Einzeltäter erschossen, der seinerseits gleichfalls erschossen wurde. Sein Nachfolger hiess Lyndon B. Johnson. Auch dieser stellte aus unerfindlichen Gründen die Banknotenproduktion ein.

Die zwölf Federal-Reserve-Banken liessen die Kennedy-Scheine umgehend aus dem Verkehr ziehen und gegen ihr eigenes Schuldgeld austauschen.

Über der gesamten Kennedy-Familie schien seither eine Art „Fluch“ zu lasten, nach dem Tod von John starb auch sein Bruder Robert F. Kennedy in ähnlicher Manier. Die Frage ist – wer profitierte wirklich von diesen Morden? Und weshalb wurde Kennedy erschossen, obwohl er ein sehr beliebter Präsident war? Gerade in seiner Beliebtheit lag die Gefahr für seine Hintermänner.

Er hatte begonnen die Truppen aus Vietnam abzuziehen, versuchte eine Annäherung zur Sowjetunion und unterschrieb den Gesetzesentwurf „11110“, der die Federal Reserve zurück unter staatliche Kontrolle brachte.

Dominic

Die Schweizer Nationalbank und das liebe Geld

In der Broschüre **Die Nationalbank und das liebe Geld** beschreibt unsere Zentralbank, was Geld ist und wie es in Umlauf gebracht wird. Dort liest sich beispielsweise, dass unser Geld ungedeckt ist (S. 10), dass der Anspruch auf unser Geld bei privaten Geschäftsbanken mehrfach vergeben wird (S. 18) und sogar dass die Banken „in grosse Schwierigkeiten geraten würden“ wenn alle Leute ihr Geld abheben wollten (S. 23).

Es ist nachvollziehbar, dass die Banken in Schwierigkeiten kommen, wenn die Kunden das Geld ausbezahlt haben wollen, welches die Banken gar nicht besitzen. Doch

warum ist das so, ist das nicht Betrug? Nein, das ganze ist legal und nennt sich "Fractional Reserve Banking", zu Deutsch Mindestreservebankwesen.

Das bedeutet, dass es gesetzlich geregelt ist, wie viel Geld die Banken aus den Einlagen erschaffen dürfen, bzw. wie häufig Banken den Anspruch auf das eingelegte Geld vergeben dürfen. Das dadurch neu erschaffene Geld, welches nur elektronisch vorhanden ist und bereits den überwiegenden Teil der Geldmenge ausmacht, wird im Prozess der Kreditgewährung als verzinste Schuld in Umlauf gebracht. Bei der Kreditgewährung geht das Geld nicht aus den Beständen der Banken

hervor, sondern wird in Form von Giralgeld zusätzlich zu diesen geschöpft. Das Giralgeld ist im Gegensatz zu Bargeld oder Zentralbankbuchgeld kein echtes Geld, daher kein gesetzlich anerkanntes Zahlungsmittel.

Zwar nutzen wir das Giralgeld, als ob es echtes Geld wäre, jedoch hat dieser juristische Unterschied eine tiefgreifende Bedeutung, denn die Banken können nur echtes Geld als Grundlage für die Geldschöpfung verwenden. Das Giralgeld repräsentiert lediglich den Anspruch auf Geld, welcher jedoch mehrfach vergeben wird, um mehr Geld zu schaffen. Wieviel echtes Geld bei den Banken eingelegt sein muss, ist

Die Schweizer Nationalbank und das liebe Geld

von Land zu Land unterschiedlich und variiert zwischen nahezu Null und 25%. Im Nationalbankgesetz wird unter Artikel 18 Abs. 2 geregelt, dass die Mindestreserve „4 Prozent der kurzfristigen, auf Schweizerfranken lautenden Verbindlichkeiten der Banken nicht überschreiten darf“.

Die Banken haben den vollen Nutzen aus den Geldern, die sie durch den Kreditprozess generieren und der Staat, der selbst der grösste Schuldner der Banken stellt, setzt diese Forderungen mittels der Gerichte durch.

Unsere gesamte Geldversorgung ist abhängig von Schulden, da alles im Umlauf befindliche Geld aus Kreditgeschäften hervorging. Es ist auf der Grundlage dieses Systems für die gesamte Gesellschaft unmöglich, schuldenfrei zu leben, da entgegen der weitläufigen Annahme, nicht mehr, sondern überhaupt kein Geld mehr in Umlauf wäre, wenn

wir alle Schulden zurückbezahlen würden. Es wirft auch die Frage auf, woher denn das Geld kommen soll um die Zinsen zu zahlen, wenn doch alles sich im Umlauf befindliche Geld ebenfalls als verzinsten Schuld erschaffen wurde.

Wenn man dieses System versteht, wird deutlich, warum es seitens der Banken kein Interesse daran gibt, ein solches System zu verändern, oder die Problematik auch nur zu thematisieren. Für die Mehrheit der Menschen ist es nach wie vor völlig unvorstellbar, dass das gesamte globale Finanzsystem auf diese bizarre Weise funktioniert und unsere Lehrer, Journalisten und Politiker uns nie davon erzählt haben.

WeAreChange Switzerland fragte daher Nicolas Cuche-Curti von der Schweizerischen Nationalbank bezüglich der von der SNB beschriebenen Geldschöpfung an. Herr Cuche-Curti ist „Deputy Head of Inflation

Forecasting“ bei der Schweizerischen Nationalbank und gab in E-Mails freundlicherweise Auskunft zu unseren Fragen.

WAC: Ich möchte die Gelegenheit nutzen um Ihnen eine Frage zu der auf Seite 18 geschilderten Geldschöpfung durch Kreditvergabe der Geschäftsbanken zu stellen. In der Broschüre wird erklärt:

"Die Bank leiht von den 20'000 Franken, die der Sparer einbezahlt hat, 16'000 Franken als Kredit... Der Sparer hat noch immer 20'000 Franken auf seinem Konto. Der Unternehmer verfügt als Kreditnehmer über 16'000 Franken. Die Geldmenge hat also um 16'000 Franken zugenommen"

Inwiefern wird neues Geld geschaffen, wenn die Bank das Geld aus dem Konto des Sparers verleiht? Weshalb verringert sich nicht der Kontostand des Sparers, aus dessen Konto die 16'000 Franken entnommen wurden?

SNB: Die Situation ist folgende: Wenn Person A zu einer Geschäftsbank geht und 20'000 CHF einbezahlt, hat er das Geld zwar physisch nicht mehr in der Hand, aber er besitzt es ja immer noch elektronisch auf seinem Sparbuch. Die Bank könnte das Bargeld nun in ihrem Tresor aufbewahren und warten, bis Person A es wieder abholen kommt. Daran würde sie aber nichts verdienen. Deswegen verleiht sie 16'000 CHF an Person B, welche zum Beispiel ein Start-Up gründen möchte.

Person B muss für das Geld einen Zins bezahlen, bis er es wieder vollständig zurückbezahlt hat. Einen Teil dieses Zinses gibt die Bank weiter an Person A, da dieser der Bank

"Banken sammeln Geld von den Sparern und leihen es an Kreditnehmer aus. Durch diese Kreditvermittlung schaffen die Banken neues Geld. Banken sind deshalb «Geldschöpfer». [...]

Das Geld untätig im Tresor liegen zu lassen bringt der Bank nichts ein. Warum soll sie es nicht gegen Zinsen ausleihen? Ein Unternehmer braucht Geld für eine Computeranlage. Die Bank leiht ihm von den 20'000 Franken, die der Sparer einbezahlt hat, 16'000 Franken als Kredit und schreibt ihm den Betrag auf seinem Konto gut.

Hat sich die Geldmenge dadurch verändert? Der Sparer hat noch immer 20'000 Franken auf seinem Konto. Der Unternehmer verfügt als Kreditnehmer über 16'000 Franken. Die Geldmenge hat also um 16'000 Franken zugenommen. Wenn nun der Unternehmer mit den 16'000 Franken Computer kauft und der Computerhändler den erhaltenen Barbetrag bei seiner Bank einbezahlt, wird diese wiederum einen Teil davon als Kredit ausleihen. Dies führt abermals zu einem Anstieg der Geldmenge; die Geldschöpfung geht weiter."

Auszug aus der Broschüre "Die Nationalbank und das liebe Geld" der Schweizer Nationalbank.

"Es ist gut, dass die Menschen des Landes unser Banken- und Geldsystem nicht verstehen, denn sonst, so glaube ich, hätten wir noch vor morgen früh eine Revolution."

Henry Ford

sozusagen sein Geld geliehen hat. Der Rest stellt einen Gewinn für die Bank dar.

Wie wird Geld geschaffen: Person A besitzt nun 20'000 CHF auf seinem Konto und Person B hält 16'000 CHF in bar. Dies ergibt die Summe von 36'000 CHF, 16'000 CHF mehr als vor den Transaktionen. Sie fragen, warum sich nicht der Kontostand von Person A um 16'000 CHF verringert, wenn das Geld doch weiterverliehen wird.

Das ist bargeldtechnisch natürlich der Fall, da die Bank nur noch 4'000 CHF in Noten hält und Person B die restlichen 16'000 CHF. Jedoch befinden sich auch noch die 20'000 CHF von Person A in der Volkswirtschaft. Person A kann nämlich jederzeit wieder auf sein Geld zugreifen, wenn er möchte. Er muss

nicht darauf warten, bis Person B seinen Kredit zurückgezahlt hat. Das Geld in der Volkswirtschaft hat sich also vermehrt, da Person B 16'000 CHF in bar hat und Person A 20'000 CHF in elektronischer Form. Person A wird all seine Entscheidungen so treffen, wie wenn er die 20'000 CHF immer noch bar hätte, d.h. das Geld ist nicht aus dem Markt verschwunden. Der Unterschied liegt zwischen der Bargeldmenge (im Beispiel 20'000 CHF) und der totalen Geldmenge inklusive Konten (im Beispiel 36'000 CHF).

Man könnte sich fragen, warum Person A nicht Angst hat, dass er sein Geld nicht mehr bekommt, da es ja nun an Person B verliehen wurde. Dies ist aber anscheinend nicht der Fall. Das System funktioniert deshalb gut, weil die Leute Vertrauen

zu dem Bankensystem haben. Die Geschäftsbanken müssen einen bestimmten Teil der Einzahlungen als Reserven halten (z. B. 20% = 4'000 CHF). Die Summe dieser Reserven muss so gross sein, dass jederzeit allen Anfragen nach Bargeld problemlos Folge geleistet werden kann.

WAC: Wenn ich Sie richtig verstanden habe werden im Sinne der Geldmenge die 16'000 Franken neu geschöpft als Buchgeld durch die Kreditgewährung und werden nicht aus den Einlagen bei der Bank entnommen.

SNB: Die Person, die die 16000.- bekommt, darf sie aber bar nach Hause mitnehmen. Oder sie in der Bank lassen und die Bank kann Kredite für 12800 anbieten.

Geldschöpfung

Die Geldschöpfung ist die Vermehrung der Geldmenge, einerseits durch Kreditvergabe der Geschäftsbanken, andererseits durch die Erschaffung von Geld durch die Zentralbanken. Sowohl die Geschäftsbanken wie auch die Nationalbank erheben Zinsen auf das geschaffene Geld. Es wird also gleichzeitig neues Geld wie auch einen Zinsschuld erschaffen, welche jedoch mit der aktuell vorhandenen Geldmenge nicht bezahlt werden kann. Dadurch entsteht ein Wachstumswang oder die Notwendigkeit für die Bezahlung dieser Zinsen neue Kredite aufzunehmen.

Mindestreserve-Bankwesen

Das fraktionelle Reservesystem ist die Grundlage unseres Bankwesens. Dabei werden die Geschäftsbanken verpflichtet eine Bruchteil ihrer Einlagen als Mindestreserve vorrätig zu haben, die restliche Geldmenge kann jedoch unbeschränkt in Form von Krediten vergeben und damit zur Geldschöpfung verwendet werden. Die Höhe der Mindestreserven wird von den Nationalbanken festgelegt. Falls die Nachfrage nach den Spareinlagen die Mindestreserven übersteigt sind die Banken nicht in der Lage diese Nachfrage zu erfüllen.

Weitere Informationen

Zusätzliche Informationen zum Geldsystem und unserem Bankensystem findest du unter diesen Stichworten beispielsweise auf Wikipedia.

Fiatgeld
Giralgeldschöpfung
Mindestreserve
Banking-Theorie
Geldpolitik
Currency-Theorie
Vollgeldsystem

Die Schweizer Nationalbank und das liebe Geld

WAC: Die Mindestreservevorschrift dient als Vorgabe für die Banken und besagt, wie viel Prozent des Geldes tatsächlich eingelegt worden sein muss, um dieses als Kredite vergeben zu dürfen. Ist das so korrekt?

SNB: hier bleiben in diesem Fall die 4000.- in der Kasse der Geschäftsbank.

WAC: Die Broschüre führt dann weiter aus: "Wenn nun der Unternehmer mit den 16'000 Franken Computer kauft und der Computerhändler den erhaltenen Barbetrag auf seiner Bank einbezahlt, wird diese wiederum einen Teil davon als Kredit ausleihen. Dies führt abermals zu einem Anstieg der Geldmenge; die Geldschöpfung geht weiter."

SNB: Richtig, die Geldschöpfung geht weiter und weiter, ist aber nicht endlos (Ihre Frage unten). Mit einem Reservensatz von 20%, gibt es eine "Hebelwirkung" von 5 (1/0.2), d. h. eine maximale Geldschöpfung von 100'000.- (d. h. 5 X 20000.- oder die Summe von 20000+16000+12800+10240+8192+... (jedesmal 80% der letzten Zahl).

Wenn das Geld also wieder auf einer Bank landet, dient es erneut als Geldbasis zur Kreditvergabe, dieser Prozess kann also immer wieder durchgeführt werden und nahezu unbeschränkt viel Buchgeld erschaffen. Ist das korrekt? Das Irritierende an den Ausführungen zur Geldschöpfung finde ich den Ausdruck des "Geld ausleihens", denn wenn das Geld tatsächlich aus den Beständen der Banken entnommen wäre, würde kein zusätzliches Geld geschaffen werden, die Geldmenge wäre unverändert.

Es ist höchste Zeit, dieses Finanzsystem grundlegend zu ändern.

Die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) ist dabei, die **Vollgeldinitiative** zu starten, die die Geldschöpfung durch Privatbanken verbieten soll und nur der Nationalbank erlaubt, das Geld zu schaffen. Dieses soll ausschließlich durch Staatsausgaben in Umlauf gebracht werden und nicht als verzinsten Schuld.

"Dieses Finanzsystem ist ein System einer selbstlaufenden, sich zuspitzenden, modernen Sklaverei, welche laufend mehr Wohlstand dem Volk entzieht um es den Bankern auszuhändigen."

Die Initiative ist eine einfache Gesetzesänderung, würde jedoch einer Revolution gegen die dominierende Finanzindustrie nahe kommen, da Ihr die göttliche Macht, Werte aus dem Nichts zu erschaffen, entzogen würde.

Dass die Geschäftsbanken das Geld aus dem Nichts schöpfen, zum vollen Nennwert in Umlauf bringen und dafür auch noch Zinsen kassieren, ist wohl der grösste Betrug unter dem die Menschen leiden.

Die Steuern werden zu einem grossen Teil dafür verwendet, die Zinsen auf die Staatsschulden bei den Banken zu bezahlen, welche jedoch niemals abgetragen werden können. Wir bezahlen lediglich Zins und

Zinseszins, während die Verschuldung weiter konstant wächst und bereits über 80% unseres BIP umfasst.

Dieses Finanzsystem ist ein System einer selbstlaufenden, sich zuspitzenden, modernen Sklaverei, welche laufend mehr Wohlstand dem Volk entzieht um es den Bankern auszuhändigen. Das Ganze ist nichts anderes als Enteignung und verdeckte Besteuerung durch Inflation. Nehmen wir den Banken die Macht, das Geld zu erschaffen und beenden diese Sklaverei.

Dann müssen sich die Parteien nicht mehr darum streiten, ob man bei den Steuern oder Sozialleistungen einsparen soll, sondern können sich streiten, ob man das neu verfügbare Geld nutzen will, um die Staatsschulden abzuführen oder ein Grundeinkommen einzuführen.

Es ist höchste Zeit, das Problem an der Wurzel zu packen und nicht länger auf die Politiker reinzufallen, die sehr gut damit leben, mit Symptombekämpfung auf Stimmenfang zu gehen.

Andrew

Die Broschüre "Die Nationalbank und das liebe Geld." (2. Auflage 2006) kann man auf der Homepage der SNB herunterladen. Die Fragen beantwortete uns Nicolas Cuche-Curti von der SNB per E-Mail.

Eine undemokratische Wirtschaftsordnung
